

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend



Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwochs und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeile über deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmepreise 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedeutlich. / Schreibener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Lausend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 87

Donnerstag, den 27. Juli 1933

35. Jahrg.

Donnerstag, den 27. Juli, 14 Uhr Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.
Kemberg, den 26. Juli 1933.
Der Magistrat

Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung

Eine Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister.

Gegenüber einem norwegischen Zeitungsvertreter machte der Reichsarbeitsminister interessante Ausführungen über Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung. Er sagte u. a.:

Im freiwilligen Arbeitsdienst befinden sich zur Zeit rund 235 000 Mann. Ob und wann die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Deutschland kommt, läßt sich zur Stunde noch nicht absehen. Bekanntlich hat der Genfer Effektivauschuß der Abrüstungskonferenz sich gegen einen solchen Ausbau des Arbeitsdienstes ausgesprochen. Aus der Genfer Debatte über den Arbeitsdienst konnte man mit Schrecken erkennen, daß der Sinn des deutschen Arbeitsdienstes vollständig verkannt wird. Auch das Ausland wird einsehen, daß man nur mit Schippe und Spaten keine Jugend zu guten Soldaten ausbilden kann. Dazu ist eine ganz andere Ausbildung mit Waffen notwendig.

Die Hauptaufgaben des Arbeitsdienstes liegen auf erzieherischer und sittlicher, vor allem aber auf sozialer Gebiete.

Offenbar wird besonders Frankreich immer noch nicht sehen, daß wir in Deutschland über eine Million jugendliche Arbeitslose haben, die keine Beschäftigung finden können. Jede Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, muß sich mit besonderer Geduld dieser arbeitslosen Jugend annehmen, wenn sie nicht den besten Teil ihres Volkes in Not und Elend verfallen lassen will. So wurde aus der Not der Zeit der Arbeitsdienst geboren. Er ist keine militärische Spielerei und kein romantisches Abenteuer. Daß der Arbeits- und Lagerbetrieb nur durchzuführen ist, wenn Ordnung und Disziplin herrschen, versteht sich von selbst. Es ist bedauerlich, daß dem großen Gedanken der Arbeitsdienstpflicht jetzt in Genf neue Schwierigkeiten gemacht werden.

Trotzdem wird die Reichsregierung sich nicht von ihrer Pflicht abbringen lassen, die deutsche Jugend von der Straße wegzunehmen und sie vor sozialer und sittlicher Vernachlässigung zu schützen.

Nach den Erfahrungen, die wir bisher im Arbeitsdienst gemacht haben, läßt sich feststellen, daß der Gedanke des Arbeitsdienstes sich in Deutschland durchgesetzt hat und Gemeingut weitester Volksteile geworden ist. Der Arbeitsdienst hat der deutschen Jugend nützige Arbeit und Brot gegeben. Darüber hinaus hat er ein starkes Gefühl der Kameradschaft und der Zusammengehörigkeit erzeugt.

Eine Gefahr, daß der Privatwirtschaft und dem Arbeitsmarkt Arbeitsmöglichkeiten durch den Arbeitsdienst weggenommen werden, besteht nicht. Im Gegenteil, durch die Leistungen des Arbeitsdienstes werden sich viele neue Arbeitsmöglichkeiten öffnen.

Der Arbeitsdienst bekommt volkswirtschaftliche Aufgaben zugewiesen, die wir heute mit der freien Wirtschaft nicht zu lösen imstande wären. Die Arbeitsdienstpflicht durch Urbarmachung von Deeland, durch Entwässerung nasser Böden, Bewässerung trockener Böden ansonstigen Land in weitem Umfange schafft gleichzeitig durch Begegnungen Gebiete an den Westsee herangeführt, die vorbereiteten Arbeiten für Bauernhebung usw. durchführt, so schafft er auf diese Weise für Tausende und aber Tausende von Heißigen Händen erst die Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zielt darauf ab, die Entlassung, in der sich heute die Wirtschaft befindet, zu lösen, um in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen.

Die Erfahrungen, die heute hier liegen, brauche ich in einzelnen nicht aufzuführen. Die Lage zeigt aber die Reichsregierung dazu, der durch veränderte Umstände gebotenen Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch Bereitstellung öffentlicher Kredite neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Diese werden sich ihrerseits wieder günstig auf Beschäftigung und Wohl der deutschen Bevölkerung auswirken. Im übrigen bedeutet die Einstellung der öffentlichen Hand keine grundsätzliche Neuerung. Der Staat hat ja auch schon früher sehr große öffentliche Arbeiten vergeben. Neben dem unmittelbar auf Arbeitsbeschaffung gerichteten Maßnahmen hat die Reichsregierung auch solche Maßnahmen ergriffen, die mittelbar das gleiche Ziel erstreben, indem sie die private Initiative wecken und fördern. An dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit findet sich eine Reihe solcher Maßnahmen.

Die Reichsregierung wird auf diesem Wege fortfahren und auch in nächster Zeit noch eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die ebenfalls diesem Zwecke dienen sollen. Darunter wird die Reichsregierung aber nicht die unerlässlichen Voraussetzungen für das Gelingen des Arbeitsbeschaffungsprogramms außer acht lassen: Geordnete öffentliche Finanzen, Sparmaßnahme in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Zurückhaltung der deutschen

Mäßigung und größte Sicherheit unserer innenpolitischen Verhältnisse.

Aufruf des Staatssekretärs Hierr

Staatssekretär Oberst a. D. Hierr, der Beauftragte des Arbeitsdienstes, erläßt folgenden Aufruf:

Kameraden vom nationalsozialistischen Arbeitsdienst!

Ein hochherziger Entschluß des Bundesführers des Stahlhelm, Fg. Franz Selbke, hat die Stahlhelm-Arbeitsdienstverbände in den von mir geführten Reichsverband Deutscher Arbeitsdienstvereine eingegliedert. Wir treten den in unsere Reihen eintretenden Freiwilligen und Führern des Stahlhelm kameradschaftlich bei. Unter die aus der bisherigen Trennung der Verbände entsprungenen Streitigkeiten wird ein Strich gezogen. Die Bewertung und Verwendung aller Angehörigen des Reichsverbandes sollen nur persönliche Eignung und Befähigung für den Arbeitsdienst maßgebend sein.

Alle Energien sind von jetzt ab ausschließlich zu dem Zweck anzupanzern, die dem Arbeitsdienst gestellten hohen Ziele zu erreichen.

Im allen nationalsozialistischen Geist und Hand in Hand mit den neu in unsere Reihen tretenden Arbeitskameraden werden wir alles daran setzen, den Arbeitsdienst nützlich zu dem zu machen, was er nach den Worten unseres Führers sein muß, zu einem Eckpfeiler unseres neuen Staates!

2 Millionen Mehrbeschäftigte

ist Hitlers Regierungsantritt.

Seit der Regierungsbildung durch Adolf Hitler ist bis Ende Mai die Zahl der Beschäftigten nach den Krankenkassenstatistiken um 1,7 Mill. gestiegen. An der gleichen Zeit des Vorjahres (das heißt also von Ende Januar 1932 bis Ende Mai 1933) stieg die Zahl der Beschäftigten nur um 660 000. Aus dieser Differenz, die also mehr als 1 Million beträgt, ist ganz klar ersichtlich, daß es sich bei dem Zugang der Beschäftigten in diesem Jahre nicht um eine Saisonvermehrung handelt.

Bei den Arbeitsanfragen ist in der Zeit vom 31. Mai bis 15. Juli 1933 weiter ein Rückgang der Arbeitslosen um 210 000 zu verzeichnen. Mit den bei den arbeitslosen gemeldeten mehr Beschäftigten und dem erwähnten Arbeitslosenrückgang, der durch einen weiteren Rückgang der unbeschäftigten Arbeitslosigkeit verfließt, ergibt sich also, daß man mit einer Steigerung von über 2 Millionen Neubeschäftigten seit der Regierungsbildung der nationalen Erhebung rechnen kann.

Wie groß der Rückgang bei den unbeschäftigten Erwerbslosen ist, kann aus dem folgenden ersicht werden, daß während die Zahl der Beschäftigten von Ende Januar bis Ende Mai dieses Jahres um 1,7 Millionen stieg, in der gleichen Zeit die bei den Arbeitsanfragen gemeldeten Arbeitslosen um rund 1 000 000 zurückgegangen sind. Es ergibt sich also, daß 700 000 unbeschäftigte Erwerbslose Arbeit und Brot gefunden haben. Schließlich ist auch ein Vergleich der Entwicklung des Rückganges der Arbeitslosigkeit bei Männern und Frauen interessant. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1932 war am 31. Mai 1933 die Zahl der beschäftigten Frauen fast genau die gleiche geblieben; der ganze Zuwachs der Beschäftigtenzahl war also den Männern als Familienernährern zugute gekommen.

Ostpreußens Beispiel

Bereits 30 Kreise frei von Arbeitslosen.

Königsberg, 26. Juli.

Mit 30 Kreisen sind nunmehr nahezu vollständig drei Viertel der Provinz Ostpreußen frei von Arbeitslosigkeit. Der Rest besteht in der Hauptsache aus ländlichen Arbeitslosen, die noch nicht untergebracht werden können, und zwar vor allem aus den Städten Königsberg und Elbing. Im Hinblick auf das sich befindende feiernde Tempo läßt sich jetzt schon voraussehen, daß am 1. August Arbeitslose nur noch in diesen beiden Städten vorhanden sein werden.

Das Ziel des Kampfes war ursprünglich, bis zum 1. Oktober die Arbeitslosigkeit in der Provinz zu befeitigen. Schon jetzt kann man sagen, daß dieses Ziel bereits am 15. August, das heißt rund sechs Wochen früher, erreicht sein wird.

Eine Ausnahme würde lediglich Königsberg bilden, doch auch hier wird der größte Teil der Arbeitslosen untergebracht sein.

Schon Ende August wird Ostpreußen in der Lage sein, größere Transporte jugendlicher Arbeitsloser aus dem Reich zu übernehmen.

Diese sollen durch den Landdienst wieder Verbindung mit dem Heimatboden bekommen und so in den ostpreußischen Charakter eingegliedert werden.

Folgende Kreise sind frei von Arbeitslosigkeit: 1. Pilltallen, 2. Breußisch-Heilau, 3. Niederung, 4. Kögen, 5. Johannisburg, 6. Braunsberg, 7. Wehlau, 8. Darßebitten, 9. Wrothungen, 10. Seilsberg, 11. Heil, 12. Braußisch-Holtau, 13. Landrechts-Elbing, 14. Sulbin, 15. Marienburg, 16. Gerdauen, 17. Weidenburg, 18. Bartenstein, 19. Freiburg, 20. Tilsit-Magnit, 21. Heiligenst. 22. Marienwerder, 23. Angerburg, 24. Insterburg, 25. Rosenberg, 26. Kösel, 27. Gensburg, 28. Osterode, 29. Stallupönen, 30. Labiau.

Die Arbeitsloshilfe der Nordmark

Als erster Bezirk der Nordmark kann der Amtsbezirk Soerup in Angeln melden, daß seine Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozeß zurückgeführt worden sind. Die Aktion geschieht nach einem Plan der Ortsgruppe der NSDAP. Jeder der wieder in Arbeit gelangten Erwerbslosen erhält pro Tag zwei Reichsmark, einen Liter Milch und volle Verpflegung. Als Arbeitsgebiet kommt zunächst vor allem die Landwirtschaft in Frage.

Der Bau einer Zinkhütte in Magdeburg

Im Rahmen der großen Arbeitsbeschaffung sind durch das Reichsfinanzministerium die Voraussetzungen für die Errichtung einer Zinkhütte in Magdeburg

durch Gleiches Erden geschaffen worden. Staatssekretär Reichardt hat an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg ein Telegramm geschickt, in dem es heißt, daß mit dem Bau bereits in den nächsten Tagen begonnen wird.

Für ein Jahr würden dadurch 3000 Arbeiter Beschäftigung finden. In dem Telegramm wird ferner darauf hingewiesen, daß durch den neuen Zinkhüttenbau Deutschland um ausländischen Elektrostrom unabhängig wird.

Die neuen Reichsautobahnen

Generalinspektor Dr. Lohd über seine Aufgaben.

Berlin, 26. Juli.

Der vom Reichsanwalt ernannte Generalinspektor des deutschen Straßenwesens, Dr.-Ing. Lohd, entwickelte vor der Presse sein Programm. Der kommende Winter werde Zeit lassen, durch ein einheitliches Reichswegegesetz die organisatorische Form des künftigen Straßennetzes zu schaffen. Er ging dann darauf ein, warum

Die Bau-Auto-Bahnen

geschaffen werden sollen. Das Auto werde sich die Straßen schaffen, die es nach seiner technischen Entwicklung brauche. Was wir bauen, sagte er, muß für Generationen geschaffen sein. Das ist der entscheidende Grund über des Reichsanwalts Adolf Hitler über die Schaffung der Reichsautobahnen.

Zunächst werden 65 000 Kilometer in Angriff genommen. Die Bauzeit wird sich auf eine längere Reihe von Jahren ausdehnen.

Neben dieser Aufgabe, so erklärte Generalinspektor Lohd weiter, erstreckt sich mein Wirkungsbereich auf das Gebiet des allgemeinen Straßenbaues. Hier ist zuerst meine Aufgabe die Vereinheitlichung der Organisation. Bekanntlich haben wir über 100 000 Wegepflichtige; jeder kann nun, was er will. Das Einzelne ist jedoch nicht etwa die Vereinheitlichung des Straßennetzes. Die Straße ist dazu nicht geeignet. Die Bau- und Verkehrsverhältnisse sind überall verschieden. Die Straße ist bodenständig und soll bodenständig mit der Provinz verbunden bleiben.

Aber in jeder einzelnen Provinz dürfen nicht Hunderte von verschiedenen Wegeneuerpflichtigen vorhanden sein, sondern die Leitung muß in einer Hand liegen. Das wird eine Notwendigkeit sein, der innerhalb keines Gebietes verantwortlich ist. Die Verantwortung, also die Allgemeinheit, muß der Wegeneuerpflichtigen werden. Dem kommen wir aus der ewigen Not mit der Aufbringung der Kosten heraus.

Auf 1000 Kilometer der Reichsautofahrten kann man etwa 250 000 Arbeiter beschäftigen, und zwar nur an der Baustelle allein. Diese Arbeitsmöglichkeit besteht serienmäßig eine Reihe von Jahren hindurch. Die indirekte Beschäftigung in den beteiligten Industrien drückt sich auch größtenteils in den Jahren aus, ebenso wie das für den Bau der Reichsautobahnen benötigte Kapital zu 70 Prozent wieder an Gehnen ausgegeben wird.

Zur Finanzierung teilte der Generalinspektor mit, daß das Geld von der Reichsbahn zunächst in Form eines Darlehens gegeben worden sei. Finanzierungsmöglichkeiten seien in großer Menge vorhanden. Es hätten sich bereits Finanzkreise gemeldet, die sich gern daran beteiligen wollten.

Deutschlands Wiederaufstieg

Unterredung des Reichswirtschaftsministers mit einem Reuter-Berichter.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt äußerte sich in London zu einem Vertreter des Reuterbüros über seinen Besuch und den wirtschaftspolitischen Kurs Deutschlands.

Die deutsche Wirtschaftspolitik, so führte er aus, ist für den Augenblick klar vorgezeichnet. Wir müssen alles tun, um aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen und unseren Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Wenn ich aus meinem bisherigen Beruf heraus dem Rufe des Reichsanwalts gefolgt und in die Reichsregierung eingetreten bin, so ist ich das deshalb, weil ich davon durchdrungen bin, daß die große Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands lösen kann und lösen wird. Unter Hitlers Führung wird sich in Deutschland überall der Grundbau durchsetzen, das die Interessen der Gesamtheit der Nation dem eigenen Interesse voranzuführen ist.

Am übrigen werde Deutschland immer Weir darauf setzen, seinen Reuter-Berichtungen ein angelegener und wertvoller Teilnehmer zu sein.

Für den inneren Frieden

Reifige Polizeistellung in ganz Deutschland.

Berlin, 26. Juli.

Zur Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes wurden am Dienstagabend ab 12 Uhr in ganz Preußen sämtliche Haupt- und Nebenlinien der Reichsbahn sowie die gesamten Durchgangsstrecken für den Kraftverkehr einer eingehenden Personen- und Sachkontrolle unterzogen. Die übrigen deutschen Länderregierungen haben sich auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamtes der Aktion gleichzeitig angeschlossen. Alle anlässlich dieser Fahndung als staatsfeindlich verdächtige Personen wurden vorläufig in Schutzhaft genommen.

Zur Durchführung der groß angelegten Fahndungsaktion wurden sämtliche Polizeibehörden des Reiches einschließlich der Hilfspolizei, teilweise auch SA- und SS-Beamten zugezogen. Auch der Bahnbau war bei der Aktion beteiligt. Bei der Durchführung der Maßnahme ist großer Wert darauf gelegt worden, daß die Abwicklung des Verkehrs nur geringfügige Unterbrechungen erfuhr. Die Durchsuchung der Eisenbahnzüge im ganzen Reichsgebiet um 12.40 Uhr beendet. Durch entsprechende Einlass von Polizisten und Hilfskräften war für Vermeidung von Störungen gesorgt.

Die in ihrem Umfang erstmalig so groß durchgeführte Fahndungsaktion geschah, um namentlich mit aller Macht den kommunistischen und anderen staatsfeindlichen Antrieben die sich überall im Reich noch bemerkbar machen, Einhalt zu gebieten. Immer noch bewegen sich im Auftrag staatsfeindlicher Organisationen Kuriers durch Deutschland. Im Interesse der allgemeinen Sicherheit wird daher die Fahndungsaktion notwendig.

Da in den letzten Monaten eine erhebliche Anzahl von Automobilen gestohlen wurde, ist wurde die Suche nach diesen gestohlenen Kraftfahrzeugen gleichzeitig mit dieser Aktion verbunden.

Das geschlossene Vorgehen hat den Beweis dafür erbracht, daß die Staatsmysterien im notwendigen Augenblick schnell arbeiten und zäherer auszuhalten verfeht. Auch die technische Durchführung der Maßnahmen ist zur vollen Zufriedenheit ohne die geringste Störung erfolgt. Es wurden zahlreiche staatsfeindlich geneigte Personen festgenommen. An zahlreichen Stellen wurde bei der Einschleppung in die Grenzgebiete illegales Schriftmaterial vorgefunden. Ferner erfolgte die Festnahme von 13 Fahndungs-Verdächtigten Personen, die teils unbefugt Schutzpässe führten, teils ohne Führerschein am Steuer von Kraftwagen saßen.

Illegale Tätigkeit beim Deutschen Turnfest

Von Anhängern der verbotenen Kampfparteien war beabsichtigt, das Deutsche Turnfest in Stuttgart zum Anlaß einer besonders intensiven illegalen Tätigkeit zu benutzen. Es sollte verbotenes Schrifttum zur Verteilung gebracht, darüber hinaus aber von Propagandisten Erörterungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausgeübt werden.

Die Politische Polizei hat daher in der Nacht rund 200 Personen, die der Teilnahme an derartigen Antrieben verdächtig waren, in Schutzhaft genommen.

Die Durchführung der Aktion verlief reibungslos. Es konnten große Mengen von verbotenen Schriften und einige Waffen beschlagnahmt werden.

Die Ausrottung des Margismus

Auflösung marxistischer Gesangsvereine.

Von Beamten der Staatspolizei wurde festgestellt, daß in weithinigen Regierungsbezirk Aachen etwa 30 marxistisch eingestellte Gesangsvereine aufgelöst worden. Das Vermögen wurde sichergestellt, und erheblicher Barbestand, Spar- und Scheckkonten, Notennormen und Inventarlisten wurden beschlagnahmt.

Nazis auf Kommunisten.

In Zusammenarbeit mit SA- und SS-Unternehmen die Politische Polizei im Präfekturbereich B o h u m eine Aktion gegen Mitglieder der kommunistischen Partei und deren Helfer- und Hilfsorganisationen. Dabei wurden zwei Gewehre, eine Waffe, Munition sowie Gummihüpfel beschlagnahmt; ferner wurden drei

Radioapparate für russischen Fernempfang, zahlreiche Mitgliedsbücher der KPD, Beitragsmarken und eine Menge illegaler Schriften polizeilich sichergestellt.

Die Stimmen der Vergangenheit

Original-Kriminalroman von Hans Walter Schmidt. (Nachdruck verboten.)

„Dann hören Sie weiter, was ich Ihnen noch entfallen werde. Es ist für Sie von großer Wichtigkeit. Das Gericht wird also den Schuldigen suchen.“ Als Anwaltspostulant dient ihm der Beweis des Kommisars Richter, daß in der fraglichen Zeit noch ein zweiter Mord in das Kontor eingedrungen ist. Dieser muß zwar nicht der Mörder gewesen sein, jedoch liegt die Umahme, daß er es ist, sehr nahe. Wer war nun dieser geheimnisvolle Zweite, wenn es Edgar Wittmann nicht gewesen sein sollte? Diese Frage wird das Gericht zunächst sich vorlegen. Eine eigenartige des sonst geheimnisvollen Eindringlings kennt er bereits. Er besaß die Schlüssel zur Villa! Wer aber besitzt solche? Auch Edgar Wittmann, der nicht mehr in Frage kommt, nach der Vorzeit, Gerich Bertold und Sie selbst. — Das ist bedeutsamer. — Ferner wird das Gericht die anderen Gründe prüfen, die es noch in Händen hält. Dies ist vor allem der Revolver. Wo stammt er her? — Aus des Herrn Wittmann junior Waffenkammer, also aus der Villa am Markfeld. Da muß man zunächst annehmen, die Waffe sei von einem Bewohner der Villa selbst in die Hand gebracht worden. Gerich ist der Stiefsohn von der Villa nach der Hand vererbt. Er besitzt als ein Juwel zwischen der Villa am Markfeld und dem Tatorie eine Verbindung. Man hat jetzt schon drei Verdachtsmomente gegen die zwei in Frage kommenden Bewohner der Villa. Und nun kommt das dritte, das schwerwiegendste Verdachtsmoment. Sie, der Zeuge Will Bertold, wußten, daß Beatrice Westly nicht die seltsame Schwelmer des so schwer Angeführten ist. Sie hätten nur das Geheimnis, das über Beatrice Westlys Geburt schwieg, zu lüften brauchen. Der Schwur der jungen Marie wäre dann rechtskräftig geworden und das Akt des Angeklagten dadurch erbracht. — Dies taten Sie nicht! Warum taten Sie das nicht? — Weil — Er hielt einen Augenblick inne und blickte scharf zu dem alten Herrn hinüber, dem kalte Schweiß auf der Stirne perlte. „Weil — Sie selber — der Schuldige sind!“

Bertold sprang von seinem Stuhl auf. Sein Körper erstarrete, als ob Stiebersdauer seine Adern durchfäße. „Ich —

28 Personen, die als Erlaubtuntreue der KPD in Frage kommen, wurden in Schutzhaft genommen. In H e r n e wurden vier Personen wegen kommunistischer Untertaten und eine Person wegen Beschimpfung der hakenkreuzfahne festgenommen.

Kommunistische Terrorgruppe unschädlich gemacht

Beamte der Geheimen Staatspolizei hatten in der Nacht zum 20. Juli in dem Breslauer Stadtteil Scheitling eine benachbete Klebebetonne der KPD, nach einem Feuergefecht festgenommen. Die Bombe hatte verfehlt, beherrschte Flugblätter an den Häusern anzukleben. Im Laufe der Ermittlungen wurde festgestellt, daß es sich um die Terrorgruppe des verbotenen Roten Frontkämpferbundes handelt, die in Breslau die Tätigkeit gegen die Regierung erneut aufgenommen hatte. Die Terrorgruppe bestand nur aus den zuverlässigsten KPD-Deuten, die risikofreies bei Befehl von der Schutzpolizei Gebrauch machten.

Es konnten weiter die Hersteller der Freileitungspropaganda-Flugblätter sowie die Geheimzettel ermittelt werden. Eine große Anzahl von Mitglieder und Führern der verbotenen KPD-Bundes und der ihm unterstellten Terrorgruppen wurde festgenommen.

Gewährleistung des Rechtsfriedens

Das als Antrag der preussischen Regierung dem Reichstabinet zugestellte Gesetz nennt ihr Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens. Durch Reichsgesetz löst nach dem Reichstagesgesetz die Strafe aus, die im Lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren bestraft wird, wer einen Beamten der Staatsanwaltschaft oder der Polizei oder einen Angehörigen der Sturmabteilungen einschließlich des Stabheims oder der Schutzstaffeln der NSDAP, vorläufig löst, oder wer es unternimmt, eine der vorbestimmten Personen zu töten, oder wer zu einer solchen tätigen aufsteht, oder eine solche Tätigkeit zu einem anderen verabsieht. Mit den gleichen Strafen wird bestraft, wer vorläufig Druckschriften politischen Inhalts aus dem Ausland einführt, wenn durch die Schriften das Verbrechen des Hochverrats oder ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Vereine, über verbotene Druckschriften oder ein Verbrechen gegen das Verbot der Neubildung von Parteien oder sonst eine strafbare Aufforderung oder Anreizung begründet wird.

Erlaß des Ministerpräsidenten

Auf Grund der ihm in dem Erlaß des Reichstanzlers vom 25. April erteilten Ermächtigung hat Ministerpräsident Göring in Ergänzung seines Erlasses vom 26. Mai 1933 folgenden bestimmt:

1. Ich ermächtige den Justizminister, das Gnadenrecht auch hinsichtlich der noch nicht rechtskräftig entschiedenen Verurteilungen über sonstige unzulässigen Strafvollstreckungen auszuüben, insoweit der Beschuldigte bis zum Gegenstand dieser Verurteilungen duldenden strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Revolution zur Durchführung des nationalsozialistischen Staates begangen hat.

2. Die Ermächtigung der 1. ertrifft sich lediglich auf die vom Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten, über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933 bis zum 15. Juli 1933 begangenen strafbaren Handlungen.

Kein Geld in Auslandsbriefen!

Aufhebung der Freizone für Auswanderer.

Die in letzter Zeit durchgeführte strenge Kontrolle der nach dem Auslande ausgegebenen Postsendungen hat gezeigt, daß auf diesem Wege versucht worden ist, erhebliche Beträge ins Ausland zu verschleppen.

Um solchen Verboten wirksam entgegenzutreten, ist namentlich durch eine 5. Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung die Befugnis getroffen worden, daß grundsätzlich jede Verwendung von wertvollen (Zwangs-) Bankgeld, Banknoten und des gleichen sowie von Gold und Edelmetallen in Postsendungen oder Air verboten ist. Zuwiderhandlungen haben außer hohen Strafen auch die Einziehung der Werte zur Folge.

ich soll Friedrich Wittmann — meinen Freund — er — erschaffen! — Als, es ist — Er griff sich mit beiden Händen nach dem Kopf, als ob er sich dadurch vor dem Entsetzungsstunde bewahren. Dann kam er wieder zurück und ließ sich schwer auf den Stuhl niederfallen.

„Und Sie — Sie glauben auch an meine Schuld?“ fragte er dann tonlos.

„Allerdings“, nickte der Detektiv, „ich habe die Beweise in meinen Händen.“

Sie sind der scharfsinnigste Mensch, der mir je begegnet ist“, gab Bertold mit ungeheurer Bewunderung zu, „nichts ist Ihnen verborgen, aber in diesem Punkte — irren Sie sich.“

„Ich irre nicht nicht!“ entgegnete Eder fest.

„Aber ich schwöre Ihnen bei allem, was mir heilig ist: Ich bin nicht der Mörder Friedrich Wittmanns!“

„Nade ich gelagt, daß Sie ein Mörder sind?“ suchte der Detektiv die Äußerung.

„Ich habe nur bemerkt“, daß ich den kenne, der Herrn Wittmann tot erdrosselt hat, und daß Ihr Gewissen eine Schuld bezeugt. Ich wußte es schon damals, als Sie den Fettel auf dem Schreibtische fanden.“

„Auch das ist Ihnen nicht verborgen?“

„Gener schüttelte das Haupt. „Glauben Sie nun, daß ich alles weiß?“

„Genug, genug!“ wehrte der alte Herr ab und streckte gegen Eder die scharfen Hände aus. „Ich sehe, ich fühle es, daß Ihnen nichts verborgen bleiben kann, daß Sie Dinge selbst in die Tiefen dringt, die unerschütterlich zu sein scheinen!“

„Scheinen!“ wiederholte der Detektiv, das eine Wort darauf betonend. „Sie sind es nicht. Man kann Sie erwidern, wenn man mit Ruhe und Überlegung an Ihre Erzählung herantritt.“

„— So, Ihnen ist das möglich“, nickte der Bankier, „und ich weiß, es ist Ihnen gelungen; selbst meine Gedanken werden Ihnen nicht mehr fremd sein.“

„Auch damit haben Sie im großen Ganzen recht!“ entgegnete Eder in beigemessenem Ton. „Und damit Sie überzeugt sind, daß ich die Wahrheit rede, will ich Ihnen auch noch berichten, wie ich das Weitere erfahren habe.“

Was ich aus den Gesprächsdaten entnommen, ist Ihnen ja bekannt. Es war wenig, aber es war folgenschwer. Aus

Ausgenommen von dem Verbot der Verwendung der Geldscheine in Postsendungen sind grundsätzlich nur verbriefte Sendungen mit Wertangaben. Bei der Aufforderung solcher Wertsendungen haben die Aufsichter bis bisher die Erklärung abzugeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Zahlungsmittel (also außer Geldnoten und Wechsel, Schecks usw.) oder Wertpapiere in den Sendungen enthalten sind. Die Verwendung von Geldscheinen ist ferner auch in eingehenden Postsendungen zulässig, wenn die Sendungen gesondert verpackt sind. Die Bestimmungen der Devisenverordnung, wonach zur Verwendung von Zahlungsmitteln und Wertpapieren die Genehmigung einer Dienstleistungsstelle erforderlich ist, bleiben in allen diesen Fällen unberührt.

Durch eine weitere Bestimmung der fünften Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung ist die Freizone für Verfügungen über Forderungen solcher Personen aufgehoben worden, die nach dem 3. August 1931 aus Deutschland ausgewandert und nach Ausländer im Sinne der Devisenverordnung geworden sind.

Diese Vorkehrung hat sich als notwendig erwiesen, weil zahlreiche aus Deutschland ausgewanderte Personen verurteilt haben, durch monatliche Ueberweisung von 200 Reichsmark ihre im Inlande verbliebenen Guthaben allmählich ins Ausland zu verbringen. Diese Erleichterung war aber mit der gegenwärtigen Devisenlage nicht mehr vereinbar.

Aufsichtsratsposten und NSDAP

Ein weiterer Schritt zur Verbürgerung.

Im Interesse der Verbürgerung der Wirtschaft ist es erforderlich, darauf hinzuwirken, daß die Kreisleitung der NSDAP wünscht, daß ihre Amtswalter Aufsichtsratsmandate grundsätzlich nicht annehmen. Nur in besonderen Fällen sollte zur Wahrung volkswirtschaftlicher Belange Ausnahmen gemacht werden.

In solchen Fällen ist es erforderlich, die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums oder des Herrn Beauftragten in der Reichskammer, Kessler, zu erhalten. Auch in diesen Ausnahmefällen soll die Ausübung des Mandats grundsätzlich ehrenamtlich oder aber nur einer Gewährung einer angemessenen Aufwandsentschädigung geschehen. Soweit angängliche Vertrauensleute der NSDAP Aufsichtsratsmandate erlangt haben, ist dem Reichswirtschaftsminister unverzüglich davon Kenntnis zu geben.

Es soll der Wirtschaft Gelegenheit gegeben werden, im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium eine Ausmerzung aller Nicht-Parteimitglieder und nicht einwandfreien Persönlichkeiten vorzunehmen. Mit diesen Maßnahmen dürfte ein weiterer Schritt zur Verbürgerung der Wirtschaft getan sein.

Keine Reichswehrmänner

Veränderung des Reichswehrgesetzes.

Der Reichspräsident hat genehmigt, daß die für dieses Jahr in Aussicht genommenen Änderungen des Reichswehrgesetzes als Ergänzungsgesetze ausfallen. Es finden nur Truppenübungen in kleinen Verbänden statt.

Ein von der Reichsregierung beschlossenes Gesetz zur Veränderung des Wehrgesetzes vom Jahre 1921 verleiht den in die geltende Wehrgesetzgebung des veränderten Reichswehrgesetzes des Reiches, der vornehmlich im Reichswehrgesetz seinen Ausdruck gefunden hat, anzuerkennen, und eine Reihe von Einzelbestimmungen des Gesetzes auf Grund der seit langer Zeit gemachten Erfahrungen auf praktischen militärischen Gebiet zu verbessern.

Damit sind die Paragrafen in Wegfall gekommen, die die sogenannten landsmannschaftlichen Bestimmungen enthalten. Ferner ist das Recht zur Anforderung militärischer Hilfe bei öffentlichen Notständen und Unruhen, das bisher den Landesregierungen zulegte, auf die Reichswehr übertragen.

Gelöscht sind die Vorschriften des Wehrgesetzes, die die Waffen von Verbandsleitenden

und die Wahl einer Heeres- und Marinekammer zur Beratung des Reichswirtschaftsministeriums vorsehen. Diese Einrichtungen waren Reste des Soldatenratswesens von 1918, die allerdings ihre praktische Bedeutung verloren haben, und mehr bereits veraltet haben. Weitere Bestimmungen regeln das bisher nur durch Verordnung des Reichspräsidenten festgelegte Verfahren bei der fristlosen Entlassung von Soldaten, die sich unwürdig erwiesen haben.

Schließlich erhält der Reichswehrminister noch das Recht, im Bereich der Wehrmacht anstelle Zivilpersonen den für

den Worten, die Sie selbst bei meinem ersten Besuche zu mir sprachen, erkannte ich mehr, Wichtigeres. Trotzdem Sie sich mehrheitlich zu beherrschten wählten; mit konnte es nicht werden. Ich dachte, daß Ihre Freundlichkeit nur Schein war, eine künstlich vorgenommene Einbildung. Ich mußte mich über den Fall Wittmann, hatten aber scharf die Augen, darüber zu schweigen, weil es in Ihrem Interesse lag, daß die Nachforschungen in demselben resultatlos verliefen. — Dies beweist mir Ihre zu wenig verborgene Abneigung gegen meine Person und Ihre Gleichgültigkeit allen meinen Bestrebungen gegenüber.

Das nächste war, daß ich mich nach dem Vortreten und Charakter der Angeklagten Edgar Wittmann erkundigte. Und was ich da erfuhr, ließ mich erkennen, daß ich in ihm vorläufig nicht den Schuldigen erlösen durfte. Er hatte die Tat wahrscheinlich nicht begangen, auch nicht aus Geldnot oder im Affekt.

Wer aber war denn der Mörder? — Mein Verdacht wurde in einer Richtung reger. Ich hielt einen Augenblick Sie selbst für den Täter!

Bertold fuhr sich empor. Er öffnete den Mund, um etwas zu sagen, zu sprechen. Doch Eder hob beruhigend gegen ihn die Hand und fuhr in seinen Vorlegungen fort: „Die Untersuchung des Schauplatzes hat Sie jedoch nicht im entferntesten im Sinne gebracht. Ich würde nach einem Gekleid, der sich dort befinden mußte, das es von niemandem bisher entdeckt worden war, wie ich mich in den Gerichtsakten und durch ein Interview bei Kommisars Richter überzeugt hatte. Dieser Gegenstand war die Axtel, die Herrn Wittmann gestohlen hatte. Sie war nicht zum Vorfinden gekommen. Und doch mußte sie da sein. Denn eine Axtel, welche glatt einen Schädel durchschlägt, hat nach ihrem Austritt nicht so viele Kraft, um das Kontorzimmer völlig zu durchdringen und in der gegenüberliegenden Wand stecken zu bleiben. Sie fällt nicht zu Boden nieder, wo sie allerdings dann von dem Mörder selbst hätte entfernt werden können, obgleich diese Annahme etwas unwahrscheinlich klinge.“

„Und warum war Ihnen denn gerade diese Axtel von so großer Wichtigkeit, Herr Eder?“ unterbrach ihn hier der Bankier, der mit großer Aufmerksamkeit den interaktiven Aueinanderverhandlungen des Anwaltstafels gefolgt war.

(Fortsetzung folgt.)

Soldaten gelassen gebliebenen Vorschriften zu unterwerfen, wenn es das für die Sicherheit und Schlagfertigkeit der Truppe für erforderlich hält.

Erbgesunde Nachkommenschaft
Gesetz gegen franken und afozialen Nachwuchs

Berlin, 28. Juli.
Seit der nationalen Erhebung beschäftigt sich die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße mit den Fragen der Bevölkerungspolitik und dem dauernd zunehmenden Geburtenrückgang. Es ist aber nicht nur der Rückgang in der Volkszahl, der zu den schwersten Bedenken Anlass gibt, sondern in gleichem Maße die mehr und mehr in Erziehung tretende Bevölkerung der Erwerbsfähigkeit unseres Volkes. Während die erkrankten Familien größtenteils zum Ein- oder Zweifamilienhaushalt übergegangen sind, pflegen sich ungezählte Minderernährte und erblich Belastete hemmungslos fort zu bewegen. Dieser erbliche Nachwuchs der Blamtheit zur Gasse führt und der in etwa drei Geschlechtern die wertvolle Schicht völlig überwuchert.

Da die Sterilisierung das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Zerstörung von Geisteskranken und schweren Erblieben zu verhüten, muß das heute verkündete Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als eine Tat der Nächstenliebe und Barmherzigkeit für die kommende Generation angesehen werden.

Das neue deutsche Gesetz geht von der Erkenntnis aus, daß es nicht alle Erbkranken, vor allem Dingen nicht alle leichteren Fälle von Geistesstörungen und auch nicht die gesunden Träger von Erbkrankheiten erfassen kann; es will zunächst nur die Krankheitsgruppen einbeziehen, bei denen die Regeln der Züchtung mit großer Wahrscheinlichkeit einen erbkranken Nachwuchs erwarten lassen. Dies trifft bei den in § 1 genannten Krankheiten, z. B. angeborenem Schwachsinn, den Geisteskrankheiten, bei erblicher Fallstutz, Weisstanz und den schweren erblichen körperlichen Mißbildungen zu.

Bildung von Erbgesundheitsgerichten

Die im Sterilierungsgesetz vorgesehenen Erbgesundheitsgerichte werden die Vererbungsbedingungen von Fall zu Fall nachprüfen haben und nur dann die Einwilligung zum Eingriff geben, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß die Nachkommen aus schweren körperlichen und geistigen Erbkräften leiden werden.

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die Unfruchtbarmachung eine Strafe für die betroffenen Personen darstellt, ist bemüht worden abgesehen worden, das Gesetz mit der Unfruchtbarmachung von Verbrechern zu beladen. Das Reichsministerium hat jedoch ausdrücklich beschlossen, im Rahmen allgemeiner Sicherungsmaßnahmen gegen das gemeingefährliche Verbrechertum durch ein Sondergesetz, das gleichzeitig mit dem Sterilierungsgesetz in Kraft treten soll, die zwangsweise Enttarnung gemeingefährlicher Sexualverbrecher zu regeln.

Die Unfruchtbarmachung erfolgt durch einen einfachen und ungefährlichen chirurgischen Eingriff, der weder beim Mann noch bei der Frau das Leben und das Geschlechtsvermögen beeinträchtigt.

Neben der jetzt eingeleiteten Verbindung der Fortpflanzung erbkranker Personen sind alsbald geistliche Bestimmungen zu erlassen, die die Familienangelegenheiten und die ausreichende Versorgung der verworfenen deutschen Arians wieder ermöglichen und verbürgen sollen.

Die Durchführung des Gesetzes

Das Gesetz zur Unfruchtbarmachung enthält u. a. die wichtige Bestimmung, daß die Sterilisation auch an solchen Personen vorgenommen werden kann, die an schwerem Alkoholismus leiden. Paragraph 3 des Gesetzes bestimmt, daß derjenige zum Sterilisationsantrag berechtigt ist, der unfruchtbar gemacht werden soll, bzw. der geistliche Vertreter. Bei dieser Bestimmung ist man davon ausgegangen, daß derselbe, dessen Unfruchtbarmachung zum Nutzen der Volksgesundheit notwendig ist, in vielen Fällen selbst die nötige Einsicht aufbringen wird, um den Antrag auf Sterilisation zu stellen.

Das Erbgesundheitsgericht.

Paragraph 4 regelt das Verfahren der Antragstellung, nachdem die dem Antrag zugrundeliegenden Tatsachen durch ein ärztliches Gutachten oder auf andere Weise glaubhaft zu machen sind. Die Entgegennahme des Antrages erfolgt durch das Erbgesundheitsgericht, das einem Amtsgericht ansitzend ist. Es besteht aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem benannten Arzt und einem weiteren, für das Deutsche Reich approbierten Arzt, der besonders mit der Erbgesundheitslehre vertraut ist.

Paragraph 7 regelt dann die dem Erbgesundheitsgericht zur Durchführung der notwendigen Ermittlungen zugehenden Befugnisse. Die Entscheidung über den Antrag ist einem Kollegium überlassen, das mit Stimmenmehrheit über Annahme oder Ablehnung beschließt. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt durch das Erbgesundheitsobergericht, das einem Landesobergericht angegliedert wird. Die Entscheidung des Erbgesundheitsobergerichtes ist endgültig.

Paragraph 11 bestimmt, daß die Sterilisation nur von einem staatlich hierfür besonders zugelassenen Arzt und nur in ausdrücklich dafür bestimmten Krankenanstalten ausgeführt werden darf.

Wichtig ist der folgende Paragraph 12, nach dem die Sterilisation auch gegen den Willen des unfruchtbar zu machenden auszuführen ist. Entsprechende Maßnahmen sollen durch die Landesoberbehörden festzustellen. Entsprechende Maßnahmen sollen durch die Landesoberbehörden festzustellen. Entsprechende Maßnahmen sollen durch die Landesoberbehörden festzustellen.

Die Ausführung des Gesetzes wird durch die Landesoberbehörden geregelt. Die Landesoberbehörden sind ermächtigt, die Ausführung des Gesetzes zu überwachen. Die Landesoberbehörden sind ermächtigt, die Ausführung des Gesetzes zu überwachen.

Verstößen trifft, ist in allen anderen Fällen vorgelesen, daß der Staat bis zur Höhe der Mindesthöhe der ärztlichen Gebührenordnung die Ärzte und Krankenhäuserkosten trägt.

In Kraft tritt das Gesetz am 1. Januar 1934. Am gleichen Termin wird auch das angeführte Gesetz zur Zwangsverhütung von Verbrechern in Kraft gesetzt werden.

Die große Deutschlandfahrt

Erfolge reiche Kraftprobe für Fahrer und Material.
Wohl noch nie sind in einem Autorenrennen in Deutschland so hohe Anforderungen an Fahrer und Material gestellt worden, als bei der 2000-Kilometer-Fahrt. Der Verlauf der Fahrt hat gezeigt, daß der meiste Teil der Fahrer sich den gefälligen hohen Anforderungen gemessen zeigte. Auch die Maschinen haben den Beweis erbracht, daß deutsches Material, deutsche Konstruktionen und Technik selbst der höchsten Strapazierung standhalten und das in sie gesetzte Vertrauen voll und ganz gerechtfertigt ist. Deutsche Technik, deutscher Sportgeist und Komplexwert erwiesen einen großen Sieg. Die Fahrer trafen in den Abendstunden des Sonnabends auf der Aue in Berlin ein. Ein außerordentlich zahlreiches Publikum hatte sich auf den Tribünen und entlang der ganzen Straße eingefunden und begrüßte mit lauem Beifall und aufmerksamen Zusehen die einzelnen durchgezogenen Teilnehmer auf ihrer Fahrt. Die Fahrer trafen im Schenke-Bahnhof, dem Ziel der Fahrt, wurden die ersten Fahrer am Sonntag von einem nach Tausenden zählenden Publikum herzlich begrüßt. Alle Fahrer machten trotz der außerordentlichen Anforderungen die Fahrt einen frischen und leistungsfähigen Eindruck. Im 2000-Kilometer-Rennen als Erster O. Winkelmann. Ihm folgten auf 2-Peter-Wagen Romberg auf Audi, Borja jr. auf Wanderer und Prinz zu Weiningen auf Ford. Die Mannschaften von Wanderer, Audi, Adler und Mercedes-Benz erreichten geschlossen das Ziel. Jans von Eintracht teilte das Schicksal des Braunschweigers, wegen Bremschwierigkeiten mußte er das Rennen aufgeben.

Alle Fahrteilnehmer sind des Lobes voll über die außerordentlich gut durchdachte und vorzüglich funktionierende Organisation. Sie sind ihnen aus diesem Grunde möglich, an allen Stellen der Fahrt, die Kurven und Kreuzungen mit fast unmerklicher Geschwindigkeit durchfahren zu können.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 26. Juli 1933.

Der Giftschierling

Immer wieder hört man, daß Personen, vor allem Kinder, am Genuß von Schierlingsröschen sterben. Der Schierlingssüßholz, der Sokrates trank, lebt auf in der Erinnerung an die Tugend der Opfer der stehenden Umstellbaren. Sie sind nicht dem Verstand die Wissen unter anderen den bodenflüchtigen Gase. Wir unterscheiden an unseren Flüssigkeiten, auf den Wiesen und in unseren Gärten 12 Arten, teils giftig, teils verdaulich. Die gefährlichsten von ihnen sind der „Gefleckte Schierling“, der „Wasserschierling“ und der „Gartenschierling“. Der Gefleckte Schierling soll den Sokrates trank geliebt haben. In einer Höhe von ein bis zwei Metern steigen die parzellierte Stengel der giftigen Pflanze mit den vielen weichen Blättern an häufig sind die Stengel am Grunde braunrot und die hohen Blattstiele am Grunde rotgefleckt, ein Umstand, dem die gefährliche Giftpflanze ihren Beinamen verdankt. Ihr etwas kleinerer Bruder, der Wasserschierling, ist unferne giftige Doldenpflanze. Der Genuß der grünen Blätter oder der hohen, fächerigen, nach Sellerie duftenden Wurzelknollen kann für Menschen und Vieh tödliche Folgen haben. Am Stängel und an den Blättern sitzen über den zwei bis dreifach gefiederten Blättern mit vielen schattigen Blattchen die unangenehm riechenden weißen Blütenköpfe. Auf Schutthäufen und in Gärten zwischen Petrusfili umproßt der Gartenschierling, auch Hundspeterfili genannt. Wenn sie jung ist, kann die Pflanze leicht mit der echten Petrusfili verwechselt werden, unterteilt sich aber von dieser durch den starken Genuß der Blätter, die übrigens auch später hind und beim Reizen einen widerlichen Geruch von sich geben und der Genuß dieser Giftpflanze bewirkt Erbitteren. Schwandl ist manchmal sogar die völlige Bannung des Nervensystems. Die übrigen giftigen Doldenblätter sind weniger gefährlich. Der „Reißende Kalkbrot“ mit seinen dunkel-graugrünen Blättern und violetten, in dichten Dolden stehenden Früchtlings ist ebenfalls ein Schierlings-Artenfolge. Bedenklich ist die Kammstielige und die „Röhrlige Rebenwende“. Diese Umstellbaren gleichen sich äußerlich, man sie auch an verdorrter Größe hin, bezogenen nasse Wiesen oder Wasserläufe und Schutthäufen, fallen durch ihr implantes und stolzes Aussehen auf, sind aber meist trotz ihrer Giftigkeit wenig bekannt.

Die Gewinnliste der Volkswahl-Lotterie liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht aus.

Gewinnlisten und Zahlungsbelege. Mit Rücksicht auf die Gewinnlisten (15 Juli bis 15 September) ist bei Antrag auf Erlaß von Zahlungsbelegen folgender Hinweis zu machen: „Im Falle des Widerspruchs beantrage ich Termin anzulegen und die Sache als Streitigkeit zu erklären.“ Ohne diesen Zusatz wird der Termin erst nach dem 15. September angelegt.

Wittenberg. Ein tragischer Unfall trat sich am Sonnabendnachmittag gegen 3 Uhr in der offenen Erde zu. Zwei Büchsen oberhalb der Erde, wo vor dem Baden wegen der Gefährlichkeit durch tiefe Löcher ausdrücklich gewarnt wird, badeten mehrere Personen. Als ein 13jähriger Mädchen plötzlich in den Wellen verwich, sprang beherzt die 15jährige Tochter Gertrud des Schlossers Schmidt aus der Schwimmtrasse hinzu und rettete das Mädchen vom Tode des Ertrinkens. Als die Gerettete wieder Voben hatte und dem fähigen Tode entgangen war, verank plötzlich die fähige Mutter in den Wellen und tauchte nicht wieder auf. Die Ertröpfte ertrank. Gestern früh gegen 6 Uhr fand man die Leiche des Mädchens, das unter heldenhaftem Einsatz des eigenen Lebens ein anderes Menschenleben rettete und selbst dabei den Tod fand.

Die Million im Anhalt

Wie im ganzen Reich, so wurde auch im Freistaat Anhalt am Dienstag Mittag von Schutzpolizei und SS die Straßenkontrolle durchgeführt. Besonders lebhaft ging es auf der Köstener Allee ab, wo gegen Mittag immer der härteste Verkehr herrscht. Die Durchsuchung erstreckte sich vor allem auf die Kraftwagen mit ausländischen Kennzeichen. Kraftwagenführer, die sich nicht genügend ausweisen konnten, wurden von SS-Kraftfahrern bis zur nächsten Polizeistation begleitet. Über den Erfolg der Durchsuchungsaktion kann noch nichts mitgeteilt werden.

Mit dem Auto in den Graben.

Halte, Auf der Chaussee Grieben-Halle fuhr in einer Kurve ein Auto von Langenhagen ein Lieferwagen der Erdal-Güterfabrik beim Überfahren eines anderen Autos in den Straßengraben und überflieg sich. Der Chauffeur erlitt schwere Brust- und Beineverletzungen und mußte einem holländischen Krankenhause zugeführt werden, während der Beifahrer mit leichteren Verletzungen davonkam.

Der Tod auf der Straße.

Magdeburg. Hier fiel in der Rogauer Straße ein Radfahrer mit einer Kraftdrehleuchte zusammen, wobei der Radfahrer schwer verletzt wurde. Zunächst ist er im Krankenhause gestorben. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Er ist 25 bis 30 Jahre alt und trug ein mit dem Buchstaben „A“ gezeichnetes Kavalertuch.

Belzig. Aus der Gastenstube wurde der Kellner Max Baum, der unter dem Verdacht der aktiven Beteiligung an einer Schießerei in den Tagen des Rappaputsches festgenommen worden war. Ihm konnte nicht nachgewiesen werden, daß er geschossen hatte.

Bitterfeld. Beim Fällen einer Gießkanne rutschte in einem heiligen Schrebergarten ein kleines Mädchen aus, fiel in das Wasserloch und ertrank. Der Vorfall wurde erst am Abend entdeckt, als das Kind durch seine Eltern bemerkt wurde.

Lehrwirtschaft für Siedler.

Ziethenitz (Kr. Bitterfeld). Das Anfang dieses Jahres von einer Berliner Siedlungs-Gesellschaft angekauft Gut Bomsdorf wird nach Vollendung der in Angriff genommenen Umbauten in eine Lehrwirtschaft für Siedler eingerichtet werden.

Der uneheliche Kartoffelieb.

Abding (Kreis Bitterfeld). In der letzten Zeit waren einem hiesigen Landwirt mehrfach größere Mengen Kartoffeln gestohlen worden, ohne daß es gelang, den Dieb zu fassen. Kürzlich fand nun der Landwirt auf seinem Acker eine Diebstahlschuppe, in der sich eine Bohntüte befand, woraus der Name des Diebers und gleichzeitig des Kartoffeliebes hervorging. Nach anfänglichem Zögern leiste der Betreffende ein Geständnis ab.

Bei der Rettung des Ertrinkenden ertranken.

Galke a. d. Saale. Als der 77 Jahre alte H. Vormann aus Gottesgabau mit seiner Familie badete, geriet sein Enkel plötzlich in eine Unfälle und drohte unterzugehen. Er sollte zusammen mit seiner Tochter zur Hilfe herbei. Als er seinen Enkel aus dem Strudel herausziehen wollte, erlitt er einen Herzschlag und ging unter. Sein Enkelkind konnte von der Tochter gerettet werden. Vormann, der als guter Schwimmer bekannt war, hatte in früheren Jahren schon mehrere Personen vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Beiläufige Eltern.

Förberfeldt (Kreis Galke). Die Große Straßammer in Magdeburg bewachte das wegen fortgesetzter Mißhandlung an ihrem eifrigeren Jungen angeklagte Ehepaar Kiewewetter zu je einzelnen Tausend Geländern. Kiewewetter, der wegen einer Zuchthausstrafe von seiner Frau geschieden worden war, hatte bei seiner zweiten Verheiratung seinen Jungen aus erster Ehe mit ins Haus gebracht. Dieser wurde von seiner Stiefmutter tagtäglich geschlagen. In letzter Zeit beteiligte sich auch sein Vater, der von der Stiefmutter aufgehört worden war, in den Mißhandlungen. Die beiläufige Behandlung kam ans Licht, als der Junge eines Tages vermisst wurde. Als er von einem Landjäger aufgegriffen wurde, stellte sich heraus, daß der Junge am ganzen Körper über und über mit blutunterlaufenen Stellen bedeckt war.

Ehrenmal für Leo Schlageter.

Warby. Bei der Einweihung des Ehrenmals für Leo Schlageter auf dem Schlageter-Platz feierte Stadtoberbürgermeister Gouffier den Toten als den ersten Soldaten des Dritten Reiches. Als der Redner die Worte „Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt“ sprach, fiel die Kartenzettelung am Maß empot. Das Ehrenmal ist ein schlichter Eisenbaum, an dem das Namensschild des Vaters angebracht ist.

Folgschwerere Auseinandersetzung.

Chemnitz. In einer Schenkwirtschaft in der Vorstadt Bernsdorf gerieten ein 17jähriger Verkäufer und ein 29 Jahre alter Vertreter in einen Wortwechsel. Der Streit artete auf der Straße in ein Handgemenge aus, in dessen Verlauf der Verkäufer vier Schüsse auf den Vertreter abgab. Der Vertreter wurde von drei Schüssen getroffen und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Massenverhaftungen von Kommunisten.

Schwärzenberg. Nach eingehenden Nachforschungen gelang es, im Bereiche der Amtshauptmannschaft Schwärzenberg einschließlich der Stadt Aue einen umfangreichen Kurierdienst der SPD auf die Spur zu kommen. Es wurde festgestellt, daß kommunistische Rundschreiben vertrieben und Beiträge von Funktionären der SPD einliefert worden sind. Die kommunistischen Funktionäre hatten es in sehr gefährlicher Weise bestanden, sich der Beobachtung durch die Behörden zu entziehen. Die kassierten Beiträge, die insgesamt mehrere hundert Mark betragen, sind größtenteils in die Taschen der Funktionäre gerendert. Im Verlaufe der Polizeikontrolle wurden über 80 Personen in Schutzhaft genommen. Gegen sie ist Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen worden.

Beim Baden ertranken.

Galke a. d. Saale. Den Tod in der Saale fand ein 70jähriger Mann, der beim Baden vor den Augen seiner Angehörigen plötzlich unterging. — Ebenfalls gerieten beim Baden zwei zehn Jahre alte Knaben in eine Fahrtrinne und ertranken.

Einem Unstimm zum Opfer gefallen.

Neuhaldensleben. Wie schon berichtet, fanden Verensucher im Walde eine wädrige Leiche. Die Magdeburger Kriminalpolizei hat jetzt festgestellt, daß die Frau einem Unstimm zum Opfer gefallen ist. Der Tod ist durch Erhängen am Erdstößeln eingetreten. Bei der Ermordeten handelt es sich um die Ehefrau des 51-jährigen aus Althaldensleben. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden. Für Mitteilungen wurde dem Publikum, die zur Ermittlung des Mörders führen, sind 500 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Zusatzsprung in den Bäderteil.

Wolkensdorf (Kreis Jerichow I). Bei einem Ropsprung vom Dach des Spritzenhauses in den Bäderteil zog sich ein Arbeiter des hiesigen Rittergutes eine schwere Verletzung der Wirbelsäule zu. Unter jähligen Schmerzen verstarb er jetzt im Bürger Krankenhause.

Süßwasserarbeiten.

Jerichow. Dem Baummeister Blaflein aus Fürstentum wurde in Jerichow ein wertvolles Kaffee-Egelbock, "Kika" genannt, mit dem er eine größere Zeitspanne unternommen hatte. Es gelang aber der Altnberger Ertrampolizei, die Egelbockarbeiten mit dem Felleimortort von Sandbau zu stellen und fortzunehmen. Die Wirten hatten inzwischen das Dach der Kaffee anders angebracht und den Namen entfernt. Das Boot konnte dem Baummeister wieder zugestellt werden.

Polizeiaktion im Regierungsbezirk Merseburg

Am Dienstag Punkt 12 Uhr wurden auch im gesamten Regierungsbezirk Merseburg von Polizei und SA die gesamten Durchgangsstraßen für den Kraftverkehr einer eingehenden Personen- und Sachkontrolle unterzogen. Ueber das Ergebnis der Durchsicht ist bisher nichts bekannt.

Landtelefon wird billiger

Das Telefon auf dem Lande ist schon immer ein Anlauf zu Klagen gewesen. Die Anrufgebühren sind sehr viel höher als in der Stadt, weil besondere Zuschläge bezahlt werden müssen. Der Betrieb ist teurer als in der Stadt, weil die Distanz sehr klein ist, und der Fernsprecheinnehmer in der Regel größerer Umlänge Ferngespräche bezahlen muß als der Teilnehmer größerer Distanz. Hinzu kam dann lange Zeit die beschränkte Betriebsbereitschaft des Landtelephons. Bis vor wenigen Jahren konnte das Telefon auf dem Lande fast überall nur zu sehr beschränkten Zeiten benutzt werden, die von den Dienststunden der Vermittlungsstellen abhängig waren. Die zunehmende Automatisierung des Fernsprechnetzes sowie eine Anpassung der Dienststunden an die Wünsche der Landwirtschaft hat diese Mängel etwas behoben. Gebühren waren aber die hohen Kosten.

Da wird es die Landwirtschaft besonders begrüßen, daß nicht nur bei der Neueinrichtung von Fernsprechanlagen der Apparaturbeitrag von 50 RM künftig wegfällt, daß vielmehr auch die erwähnten Zuschlagsgebühren im ländlichen Telefonverkehr nennenswert ermäßigt werden. Vom 1. Oktober ab wird die Zuschlagsgebühr, die für Hauptanschlüsse außerhalb des fünf-Riometer-Kreises der Vermittlungsstelle zu zahlen ist, um 40 v. H. ermäßigt, wenn die Anschlüsse bereits fünf Jahre lang eingerichtet worden sind. Eine weitere Erleichterung ist dadurch zu erhoffen, daß unter Ausnutzung des Selbstanschlußbetriebes kleinere Vermittlungsstellen so über das Land verteilt werden, daß die Anschlußleistungen praktisch nicht länger als fünf Kilometer werden.

Landwirtschaftlicher Verein.

(Schluß des Verammlungs-Berichtes.)

Für Remberg kann neben der Flurbereinigung noch die Ortssanierung mit Verneinung werden, was sich in Remberg ganz besonders empfehlen würde, denn Remberg hat in der Ortslage eine große Fläche ungenutzten Hofraumes. Der Antrag muß mindestens 50% genehmigt werden. Die Kosten sollen sich zusammen aus den folgenden Vermessungskosten, den Nebenkosten und den Folgeeinrichtungskosten zu teilen ist, um 40 v. H. ermäßigt, wenn die Anschlüsse bereits fünf Jahre lang eingerichtet worden sind. Eine weitere Erleichterung ist dadurch zu erhoffen, daß unter Ausnutzung des Selbstanschlußbetriebes kleinere Vermittlungsstellen so über das Land verteilt werden, daß die Anschlußleistungen praktisch nicht länger als fünf Kilometer werden.

gansen Reihe von Karlen führte dann der Redner bereits ausgeführte Separationsarbeiten im Kreise Liebenwerda vor Augen, bei denen die Schwierigkeiten noch größer waren als sie in Remberg seien. Dort sind die Arbeiten aber so erledigt, daß heute jeder Besitzer sich über das Gelingen freut. Zur Finanzierungsfrage erklärte Vermessungsamts-Beamter, daß die Kostenaufbringung im Wege der Veranschlagung erfolgt, das heißt auf mehrere Jahre im Wege der Veranschlagung sehr günstiger Bedingungen nicht erstreckt, daß ferner die Vermittlungsstelle sehr günstig beschaffen ist und daß außerdem auch vom Staat Beihilfen gegeben werden. Allerdings könne er heute über die Höhe keine Auskunft geben, er würde aber, daß eine Gemeinde im Kreise Liebenwerda 45000 RM zur Verfügung gestellt wurden. Aus diesem Grund sei der Schluß, daß die Durchführung der Separation in Remberg nicht wohl erforderlich sei, daß man dadurch aber auch ungenutzte Volkswirtschaftler auf dem Wege folgt, den er für den Wiederaufbau des Bauernstandes ungenutzte hat, damit ihm durch eine einfache und harmonische Beschäftigung die Rentabilität wieder gegeben werde. Und zum Schluß sprach auch die Einführung des Erbfolgerechtes eine gewichtige Sprache für die Separation. Bei Beachtung aller dieser Punkte käme man zu der Überzeugung, daß hier etwas geschahen werde, das auf lange Sicht dem Bauernstande Hilfe und Erleichterung bringt und er bitte darum alle Anwesenden, sich ernstlich und in Ruhe mit der Prüfung zu beschäftigen. Nach einer kurzen Pause erfolgte die Aussprache, in der Freunde und Gegner des Projektes zur Sprache kamen, ganz besonders wurde die Vermessung der Ortssanierung mit erwähnt, damit die ungenutzten Grundstücke, die in letzter Zeit in Prozessen gefälscht haben, vermieden werden. — Die Gegner der Ausführung der Separation glauben, daß die Finanzierung im gegenwärtigen Zeitpunkt für den Landwirt zu schwierig werde, andere haben Bedenken, daß ihnen für gut in Kultur befindlichen Acker verpachteter Grund und Boden gegeben würde. Baumjüngersamt-Brand ging auf alle Einwände noch einmal ein und erklärte, daß die zuletzt angeführten Gründe durch die Bonifizierung restlos behoben werden, da jedem Besitzer nach Bodenklasse, Wert usw. immer die gleichen Werte zur Verfügung gestellt werden müssen, die bei Auslegung der Separation vorhanden waren. Ganz besonders wies die Bemerkung von der Wirtenschafts-Kommission noch einmal darauf hin, daß durch die Umlegung die Wirtschaftlichkeit ungemein gesteigert würde. In seiner langjährigen Praxis bei der Durchführung der Separation hat er gesehen, daß die noch Separationen können gelernt und empfohlen werden, sich unbedingt für die Separation einzusetzen, denn die dafür ausgehenden Beträge machen sich hundertfach bezahlt. Ohne einen besonderen Beschluß zu fassen, erklärten sich verschiedene Mitglieder bereit, eine Besichtigung der ausgeführten Arbeiten im Kreise Liebenwerda vorzunehmen und dann darüber in der nächsten Versammlung zu berichten. — Verammlungsleiter O. Fiedler gedankt dem verstorbenen Mitglied Friedrich Karl Krüger, zu dessen Ehren sich die Mitglieder von den Plätzen erheben. Auf ein Schreiben der Landwirtschaftskammer wird der Vorstand in nachstehender Zusammenfassung neu gewählt. Vorsitzender: Hermann Hesse, Schriftführer: Otto Bessig, Kassierer: Wilhelm Schmidt, Beisitzer: Hermann Gärtner, Wilhelm Huhn, Hermann Hoy und Paul Roete.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 24. Juli 1933.

- Anwesenheit 4 Magistratsmitglieder und 9 Stadtverordnete. 1. Genehmigung der letzten Niederschrift. Erfolg ohne Einwendungen.
- Entlastung der Rammereirechnung 1931/32. Die Entlastung wird erteilt. Stv. Hannann erinnert noch einmal daran, daß die Fernsprech-Nebenstellen auf 3 herabgesetzt werden und daß vor allem auf darauf getehen werden muß, daß die Einnahmestelle aus dem vorigen Jahre schnellstens abgebaut werden.
- Wahl von Prüfern für die Elektrizitätswerkstatensrechnung für 1932. Die Prüfung erfolgt durch den Finanz-ausschuß.
- Deutung des Schlaumes im Arbeitsdienstlager in Niemitz. Die Verammlung erklärt sich im Prinzip mit der Ausführung einverstanden und überweist die Vorlage an den Bau-Ausschuß.

5. Zuschlagserteilung für die Fuhrleistungen zur Pflasterung an der Straße Remberg-Bergwitz. Der Zuschlag wird erteilt, ein nachträglich eingegangenes Angebot für Aufbruch nicht berücksichtigt, da die Verammlung auf dem Standpunkt steht, daß die Angebote im Termin gemacht werden sollen.

6. Vergebung der Materiallieferungen zur Pflasterung. Die Ausführung der Straße erfolgt in Porphyr aus dem Steinbruch Wildschütz, dessen Besitzer sich bereit erklärt hat, die Lieferung der Porphyrsteine für 3 Firmen zu übernehmen. Ganz besonders hat man eine Leipziger Firma herangezogen, deren Besitzer infolge der Mittellosigkeit zur NSDAP von der marxistischen Regierung keinen Auftrag mehr erhielt und dadurch an den Rand des Abgrundes gekommen ist. Die Verammlung erklärt sich mit der Vergebung der Steinlieferungen nach dem Vorschlag einverstanden.

7. Vergabe der Pflasterarbeiten. Die Arbeiten werden dem Straßenbauunternehmer Schulz in Wittenberg übergeben, da dieser Unternehmer eine ganze Reihe Remberger Arbeiter mit beschäftigt, außerdem wird ihm die Verpflichtung auferlegt, den Steinleger Kronberg von hier mit zu beschäftigen. Angenommen.

8. Neueinführung der Gebühren für Grabbegräbnisse. Der Preis für die Stelle wird auf 150 RM ab 1. Juni 1933 festgelegt. Einmütig angenommen.

9. Verabschiedung: a) Kenntnisnahme von Kasenprüfungen, die ohne Einwendungen erfolgten. b) ein Gehalt des Kaufmanns Klades um Verlegung einer Lampe wird dem Elektrizitätsauschuß übergeben. c) der Landwirtschaftsausschuß wird um Anlegung einer neuen Laubgrube erlucht, da die jetzige um Sportplatz nicht geeignet ist. d) Beschluß über den Stellenplan. Die Stadtverordneten beschließen folgenden Stellenplan. Beamte: Bürgermeister, Stadtoberlektor, Sparkassenrentner, Rammereistatensrentner, und Polizeiwachmeister. Dauerangestellte: Sparkassenrentner, Rammereistatensrentner, Verwaltungsgeldhilfe, Waldwärter, Schulstufstellen, und 1 Nachwächter. Zeittangestellte: 2 Sparkassenrentner, 1 Hilfskraft. e) Wahl des Schulvorstandes. Es wurden gewählt die Stv. Ernst Börner II und Otto Schulz. f) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. g) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. h) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. i) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. j) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. k) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. l) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. m) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. n) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. o) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. p) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. q) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. r) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. s) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. t) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. u) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. v) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. w) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. x) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. y) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes. z) Wahl der Mitglieder des Stadtsanierungsausschußes.

Eine Brücke



zum Leben der Zeit

Unsere heutige Zeit geht rasch und lebhaft durch den Tag. Abwechslung ist ein Bedürfnis des Geistes. Nach aufsteigendem Tageswert verlangt der Abend eine Entspannung, ein festliches Ausruhen. Welthagen & Klasing's Monatshefte bilden eine ebenso geistreiche wie unterhaltsame Lektüre. Dem Leser werden die freien Stunden zu einem Vorn der Erholung und Freude! Jedes Heft ist ein Spiegel der zeitgenössischen Literatur und überer gegenwärtigen Kultur; es unterrichtet über Bewegungen und Fortschritte der Kunst, Technik, des Theaters, Films, Sports usw. Von bleibendem künstlerischem Wert ist der farbenfrohe Bilderschnitt, der in der ganzen Welt berühmt geworden ist. Monatlich ein Heft für nur RM. 2,10 Der Verlag von Welthagen & Klasing, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Porto kostenlos ein Probeheft.

Tabelle zum Ablesen des Steuerabzuges vom Arbeitslohn und der Ehestandshilfe
gültig ab 1. Juli 1933 zu haben bei **Richard Arnold, Leipziger Straße**

Prima Rind- und Hammelfleisch
frische Flecke und Leber
empfiehlt **Ewald Ballmann**
Flüssige echte **Wico-Lederfarbe**
das Beste, was es gibt zum Auffärben von Lederjassen, Hauben, Handschuhen usw. unter Garantie
empfiehlt **Willy Weber**
Einige Kuben **Stalldünger**
verkauft **Kurt Schulze, Burgstr. 31**
Eine Wohnung
mit Stallung u. Obstgarten, in Remberg gelegen, zum 1. August zu vermieten. Näheres zu erfahren **Lubatz Nr. 19**
Landwirtschaftliche **Gehilfin**
stellt ein **Berger, Lammendorf**
Ergen Sie Wert auf Ihre Gesundheit, so essen Sie **Obst und Gemüse**, welches laufend frisch und billig ist bei **Bw. Emma Reinecke, Tel. 563**

42. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
Vorzügliche Gewinnchancen!
Ziehung unwiderruflich am 22. August 1933
3600 Gewinne und 1 Prämie

10 Hauptgewinne: Gespanne, Wagen und Personkraftwagen im Werte von etwa	25 500.— RM
100 Gewinne von Zuchtieren und zwar: 25 Fohlen und Pferde, 10 Zuchtbullen, 25 Färsen und Küber, 30 Zuchtstämme, 10 Rassehühnerstämme im Werte von etwa	30 700.— RM
3490 gewerbliche Gewinne unter anderem: Speisezimmer-einrichtungen, Schlafzimmereinrichtungen, mod. Heranzimmereinrichtungen, Kücheneinrichtungen, Motorräder, Herren- und Damenfahräder, Nähmaschinen, Zimmergeräte, Landwirtschaftl. Geräte, Wirtschaftssachen u. sonstige Gebrauchsgegenstände im Werte von etwa	24 000.— RM

Losse zu **2,40 RM** — zu beziehen durch **Richard Arnold, Remberg, Leipziger Straße und Markt**

Feinen neuen Sauer Kohl sowie **neudeutsche Zettlheringe**
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Neue saure Gurken
Neuen Sauer Kohl
Pa. Himbeer-Saft
Pa. Zitronen-Saft
empfiehlt **C. O. Pfeil**

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer Silberhochzeit herzlichen Dank.
Paul Gerber und Frau
Remberg, den 25. Juli 1933

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend



Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 87

Donnerstag, den 27. Juli 1933

35. Jahrg.

Donnerstag, den 27. Juli, 14 Uhr Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.
Kemberg, den 26. Juli 1933.
Der Magistrat

Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung

Eine Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister.

Gegenüber einem norwegischen Zeitungsvertreter machte der Reichsarbeitsminister interessante Ausführungen über Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung. Er legte u. a.:

Am freiwilligen Arbeitsdienst befinden sich zur Zeit rund 235 000 Mann. Ob und wann die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Deutschland kommt, läßt sich zur Stunde nicht absehen. Bekanntlich hat der Genfer Effektivauschub der Abrüstungskonferenz sich gegen einen solchen Ausbruch des Arbeitsdienstes ausgesprochen. Aus der Genfer Debatte über den Arbeitsdienst konnte man mit Sicherheit erkennen, daß der Sinn der heutigen Arbeitsdienstes vollständig verkannt wird. Auch das Ausland wird einsehen, daß man nur mit Schippe und Spaten keine Jugend zu guten Soldaten auszubilden kann. Dazu ist eine ganz andere Ausbildung mit Waffen notwendig.

Die Hauptaufgaben des Arbeitsdienstes liegen auf erzieherischem und fittlichem, vor allem aber auf sozialem Gebiete.

Offenbar will besonders Frankreich immer noch nicht sehen, daß wir in Deutschland über eine Million jugendliche Arbeitslose haben, die keine Beschäftigung finden können. Jede Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, muß sich mit besonderer Sorgfalt dieser arbeitslosen Jugend annehmen, wenn sie nicht den besten Teil ihres Volkes in Not und Elend versinken lassen will. So wurde aus der Not der Zeit der Arbeitsdienst geboren. Er ist keine militärische Spielerei und kein romantisches Abenteuer. Daß der Arbeits- und Lagerbetrieb nur durchzuführen ist, wenn Ordnung und Disziplin herrschen, versteht sich von selbst. Es ist bedauerlich, daß dem sozialen Gedanken der Arbeitsdienstpflicht jetzt in Genf seine Schweregezeiten gemacht werden.

Trotzdem wird die Reichsregierung sich nicht von ihrer Pflicht abbringen lassen, die deutsche Jugend von der Straße wegzunehmen und sie vor sozialer und fittlicher Verwahrlosung zu schützen.

Nach den Erfahrungen, die wir bisher im Arbeitsdienst gemacht haben, läßt sich feststellen, daß der Gedanke des Arbeitsdienstes sich in Deutschland durchgesetzt hat und Gemeintu weitester Volksteile geworden ist. Der Arbeitsdienst hat der deutschen Jugend nützige Arbeit und Brot gegeben. Darüber hinaus hat er ein starkes Gefühl der Kameradschaft und der Zusammengehörigkeit erzeugt.

Eine Gefahr, daß der Privatwirtschaft und dem Arbeitsmarkt Arbeitsmöglichkeiten durch den Arbeitsdienst weggenommen werden, besteht nicht. Im Gegenteil, durch die Leistungen des Arbeitsdienstes werden sich viele neue Arbeitsmöglichkeiten öffnen.

Der Arbeitsdienst bekommt volkswirtschaftliche Aufgaben zugewiesen, die wir heute mit der freien Wirtschaft nicht zu lösen imstande wären. Wenn der Arbeitsdienst durch Urdarmachung von Aderland, durch Entwässerung nasser Böden, Bewässerung trockener Böden anbaufähiges Land in weitem Umfange schafft, gleichzeitig durch Wegebauten Gebiete an den Verkehr heranführt, die vorbereiteten Arbeiten für Bauernbefähigung usw. durchführt, so schafft er auf diese Weise für Tausende und aber Tausende von fleißigen Händen erst die Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zielt darauf ab, die Erhaltung, in der sich heute die Wirtschaft befindet, zu lösen, um in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen.

Die Bemerkungen, die heute hier liegen, brauche ich in einzelnen nicht aufzuführen. Die Lage zwingt auch die Reichsregierung dazu, der durch verschiedene Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch Bereitstellung öffentlicher Kredite neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Diese werden sich ihrerseits wieder günstig auf Beschäftigung und Abzug der deutschen Wirtschaft auswirken. Um übrigens bedeutet die Einschaltung der öffentlichen Hand keine grundsätzliche Neuerung. Der Staat hat ja auch schon früher sehr große öffentliche Arbeiten vergeben. Neben den unmittelbar auf Arbeitsbeschaffung gerichteten Maßnahmen hat die Reichsregierung, auch solche Maßnahmen ergriffen, die mittelbar das gleiche Ziel erstreben, indem sie die private Initiative wecken und fördern. An dem Geleze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit findet sich eine Reihe solcher Maßnahmen.

Die Reichsregierung wird auf diesem Wege fortfahren und auch in nächster Zeit noch eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die ebenfalls diesem Zwecke dienen sollen. Darüber wird die Reichsregierung aber nicht die unersättlichen Voraussetzungen für das Gelingen des Arbeitsbeschaffungsprogramms außer acht lassen: Geeordnete öffentliche Finanzen, Sparmaßnahme in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen

Währung und größte Sicherheit unserer innenpolitischen Verhältnisse.

Aufruf des Staatssekretärs Hierl

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl, der Beauftragte des Arbeitsdienstes, erläßt folgenden Aufruf:

Kameraden vom nationalsozialistischen Arbeitsdienst!

Ein hochherziger Entschluß des Bundesführers des Stahlhelm, Hg. Franz Selbe, hat die Stahlhelm-Arbeitsdienstverbände in den von mir geführten Reichsverband Deutscher Arbeitsdienstler eingegliedert. Wir werden den in unsere Reihen eintretenden Freiwilligen und Führern des Stahlhelm kameradschaftlich die Hand. Unter die aus der bisherigen Trennung der Verbände entfallenden Streitigkeiten wird ein Strich gezogen. Für die Bewertung und Verwendung aller Angehörigen des Reichsverbandes sollen nur persönliche Eignung und Leistung für den Arbeitsdienst maßgebend sein.

Alle Energien sind von jetzt ab ausschließlich auf dem Zweck anzupanzern, die dem Arbeitsdienst gestellten hohen Ziele zu erreichen.

Im alten nationalsozialistischen Geist und Hand in Hand mit den neu in unsere Reihen tretenden Arbeitskameraden werden wir alles daran setzen, den Arbeitsdienst wirklich zu dem zu machen, was er nach den Worten unseres Führers sein muß, zu einem Eckpfeiler unseres neuen Staates!

2 Millionen Mehrbeschäftigte

zeit Hitlers Regierungsantritt.

Seit der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler ist die Zahl der Beschäftigten nach den Krantenkassenstatistiken um 1,7 Mill. gestiegen. In der gleichen Zeit des Vorjahres (das heißt also von Ende Januar 1932 bis Ende Mai 1932) stieg die Zahl der Beschäftigten nur um 660 000. Aus dieser Differenz, die also mehr als 1 Million beträgt, ist ganz klar ersichtlich, daß es sich bei dem Zugang der Beschäftigten in diesem Jahre nicht um eine Salon-entwässerung handeln kann.

Bei den Arbeitsministern ist in der Zeit vom 31. Mai bis 15. Juli 1933 wieder ein Rückgang der Arbeitslosen um 210 000 zu verzeichnen. Mit den bei den Krantenkassen gemeldeten mehr Beschäftigten und dem erwähnten Arbeitslosenrückgang, der durch einen weiteren Rückgang der unsichtbaren Arbeitslosigkeit verstärkt wird, ergibt sich also, daß man mit einer Ziffer von über 2 Millionen Neubeschäftigten seit der Regierungsübernahme der nationalen Erhebung rechnen kann.

Wie groß der Rückgang bei den unsichtbaren Erwerbslosen ist, kann aus daraus ersehen werden, daß, während die Zahl der Beschäftigten von Ende Januar bis Ende Mai dieses Jahres um 1,7 Millionen stieg, in der gleichen Zeit die bei den Arbeitsministern gemeldeten Arbeitslosen um rund 1 009 000 zurückgegangen sind. Es ergibt sich also, daß 700 000 unsichtbare Erwerbslose Arbeit und Brot gefunden haben.

Die große Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten von Ende Januar bis Ende Mai dieses Jahres um 1,7 Millionen stieg, in der gleichen Zeit die bei den Arbeitsministern gemeldeten Arbeitslosen um rund 1 009 000 zurückgegangen sind. Es ergibt sich also, daß 700 000 unsichtbare Erwerbslose Arbeit und Brot gefunden haben.



land 13. Sandtreis Ebin, 14. Stahn, 15. Marienburg, 16. Gerbauen, 17. Reidenburg, 18. Vartenstein, 19. Freyburg, 20. Tilit-Rognit, 21. Helligenbeil, 22. Marienwerder, 23. Angersburg, 24. Antersburg, 25. Rosenburg, 26. Rößel, 27. Sensburg, 28. Osterode, 29. Stallupönen, 30. Labiau.

Die Arbeitslosenhilfe der Nordmark

Als erster Bezirk der Nordmark kann der Amtsbezirk Coerup in Angeln melden, daß keine Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozeß zurückgeführt worden sind. Die Aktion geschieht nach einem Plan der Ortsgruppe der NSDAP. Jeder der wieder in Arbeit gelangten Erwerbslosen erhält pro Tag zwei Reichsmark, einen Liter Milch und volle Verpflegung. Als Arbeitsgebiet kommt zunächst vor allem die Landwirtschaft in Frage.

Der Bau einer Zinkhütte in Magdeburg

Im Rahmen der großen Arbeitsbeschaffung sind durch das Reichsfinanzministerium die Voraussetzungen für die Errichtung einer Zinkhütte in Magdeburg durch Gleits Erben geschaffen worden. Staatssekretär Reichardt hat an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg ein Telegramm geschickt, in dem es heißt, daß mit dem Bau bereits in den nächsten Tagen begonnen wird.

Für ein Jahr würden dadurch 3000 Arbeiter Beschäftigung finden. In dem Telegramm wird ferner darauf hingewiesen, daß durch den neuen Zinkhüttenbau Deutschland vom ausländischen Elektrozink unabhängig wird.

Die neuen Reichsautobahnen

Generallintpeteur Dr. Todt über seine Aufgaben.

Berlin, 26. Juli.

Der vom Reichsfinanzler ernannte Generallintpeteur des deutschen Straßenwesens, Dr.-Ing. Todt, entwickelte vor der Presse sein Programm. Der kommende Winter werde Zeit lassen, durch ein einheitliches Reichswegegesetz die organisatorische Form des künftigen Straßenwesens zu schaffen. Er ging dann darauf ein, warum

Die Tur-Auto-Bahnen

geschaffen werden sollen. Das Ziel werde sich die Straßen schaffen, die es nach seiner technischsten Entwicklung brauche. Was wir bauen können, sagte er, muß für Generationen geschaffen sein. Das ist der Kerngedanke der großen Idee des Reichsfinanzlers Adolf Hitler über die Schaffung der Reichsautobahnen.

Zunächst werden 65 000 Kilometer in Angriff genommen. Die Bauzeit wird sich auf eine längere Reihe von Jahren ausdehnen.

Neben dieser Aufgabe, so erklärte Generallintpeteur Todt weiter, erstreckt sich mein Wirkungsbereich auf das Gebiet des allgemeinen Straßenwesens. Hier ist zuerst meine Aufgabe die Vereinfachung der Organisation. Bekanntlich haben wir bereits 160 000 Beschäftigte; jeder kann tun, was er will. Das Endziel ist jedoch nicht etwa die Berrichtung des Straßenwesens. Die Straße ist dazu nicht geeignet. Die Bau- und Verkehrsverhältnisse sind überall verschieden. Die Straße ist bodenständig und soll bodenständig mit der Provinz verbunden bleiben.

Aber in jeder einzelnen Provinz dürfen nicht Hunderte von verschiedenen Wegeunterhaltungsstellen vorhanden sein, sondern die Leistung muß in einer Hand liegen. Das wird eine Art Bundesbauinspektur sein, der innerhalb seines Gebietes verantwortungsvoll die Wegebauer, alle die Allgemeinheit, müssen verantwortungspflichtig werden. Dann kommen wir aus der ewigen Not mit der Aufbringung der Kosten heraus.

Auf 1000 Kilometer der Reichsautoftraßen kann man etwa 250 000 Arbeiter beschäftigen, und zwar nur an der Baustelle allein. Diese Arbeitsmöglichkeit besteht serienmäßig eine Reihe von Jahren hindurch. Die indirekte Beschäftigung in den beteiligten Industrien drückt sich auch größtenteils in Löhnen aus, ebenso wie das für den Bau der Reichsautobahnen benötigte Kapital zu 70 Prozent wieder an Böhen ausbezahlt wird.

Zur Finanzierung stellte der Generallintpeteur mit, daß das Geld von der Reichsbahn zunächst in Form eines Darlehens gegeben werden soll. Finanzierungsmöglichkeiten seien in großem Maße vorhanden. Es hätten sich bereits Finanztreue gemeldet, die sich gern daran beteiligen wollten.

Deutschlands Wiederauffstieg

Unterredung des Reichswirtschaftsministers mit einem Neuter-Beckreter.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt äußerte sich in London zu einem Vertreter des Neuterbüros über seinen Besuch und den wirtschaftspolitischen Kurs Deutschlands.

Die deutsche Wirtschaftspolitik, so führte er aus, ist für den Augenblick klar vorgezeichnet. Wir müssen alles tun, um aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen und unseren Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Wenn ich aus meinem bisherigen Beruf heraus dem Ruf des Reichsfinanzlers gefolgt und in die Reichsregierung eingetreten bin, so tat ich das deshalb, weil ich davon durchdrungen bin, daß er die große Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands lösen kann und lösen wird. Unter Hitlers Führung wird sich in Deutschland überall der Grundgedanke durchsetzen, daß das Interesse der Gesamtheit der Nation dem eigenen Interesse voranzustellen ist.

Am liebsten werde Deutschland immer Wert darauf legen, seinen Vergangenen ein angelehener und wertvoller Beteiligter im Kreise der Völker zu sein.